

4894/AB

vom 20.07.2015 zu 5068/J (XXV.GP)



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES

Frau
 Präsidentin des Nationalrates
 Doris Bures
 Parlament
 1017 Wien

Mag.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
 HERRENGASSE 7
 1010 WIEN
 TEL +43-1 53126-2352
 FAX +43-1 53126-2191
 ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0561-II/1/2015

Wien, am 7. Juli 2015

Der Abgeordnete zum Nationalrat Albert Steinhauser, Freundinnen und Freunde haben am 21. Mai 2015 unter der Zahl 5068/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ersatzfreiheitsstrafen für Verwaltungsstrafen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

In diesem Detaillierungsgrad werden keine bundesweit einheitlichen Statistiken geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven Auswertung der erforderlichen Daten und Aktenvorgänge muss auf Grund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen enormen Ressourcenbindung im Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen werden.

Zu den Fragen 8 und 9:

Burgenland	PAZ Eisenstadt	16
Kärnten	PAZ Klagenfurt	79
	PAZ Villach	37
Niederösterreich	PAZ St. Pölten	29
	PAZ Wiener Neustadt	10

Oberösterreich	PAZ Steyr	18
	PAZ Wels	35
	PAZ Linz	20
Salzburg	PAZ Salzburg	150
Steiermark	PAZ Graz	84
	AHZ Vordernberg	(Schubhaft) 200
Tirol	PAZ Innsbruck	71
Vorarlberg	PAZ Bludenz	37
Wien	PAZ Roßauer Lände	375
	PAZ Hernalser Gürtel	(Schubhaft) 279
Gesamt:		1.440

Zu den Fragen 10 bis 13:

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven Auswertung der entsprechenden Aktenvorgänge und der anfragespezifischen Berechnung wird auf Grund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen enormen Ressourcenbindung im Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zu den Fragen 14 und 15:

Die Erteilung von Rechtsauskünften fällt nicht unter das parlamentarische Interpellationsrecht.

Zu den Fragen 16 bis 19:

Die Kosten und Kostenersätze werden in der angefragten Detailliertheit nicht evident gehalten. Eine Beantwortung dieser Fragen kann daher in Anbetracht des erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes für eine entsprechende Nacherfassung im Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns nicht erfolgen.

Auch künftig ist eine weitergehende Aufsplitterung der Kostenstellen aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht vorgesehen.

Zu den Fragen 20 bis 22:

In diesem Detaillierungsgrad werden keine Statistiken geführt. Insgesamt sind in den Polizeianhaltezentren 506 Exekutivbedienstete und zwei Verwaltungsbedienstete beschäftigt.

Zu den Fragen 23 bis 27:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

	4894ABXXXVGP-Anfragebespruefung	
Signaturwert	oCku4rWLMorl4H9OTSiC3m0agQz6QgkqYcovUeqDQrIAjV0wwcoQ/qzCwWMfViXBybPxjRAz6Wxg9Z6rrWN3ww2Xq6WEln8xt/yz8P+mwZavrVFlab1EI7OB/yJLOQ/LrFee1NrsOchvLvh1OICJsr0ui1YZlFDk0wPjCEZoF0h//CZl2B8yArnrlBd2QwTVRmRWdovLU51dPuH4N82n6OEavfTTA/Dvql6PytbMoXkGuRe13csQSqwG7s82DrptBk1K4ftVE7DJAsjc804iaOYK8hPe7h8QONpftCx8M6d0JTqZZsktfBDSSOhyCdqA==	
	Datum/Zeit	2015-07-20T09:09:46+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	531172
	Parameter	etsi-bka-moa-1.0
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at . Eine Verifizierung des Ausdruckes kann bei der ausstellenden Behörde/Dienststelle erfolgen.	
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	